

Vereinigten Staaten von Amerika und ist zur Zeit Professor für Theologie an der Loyola University in Chicago. Er war einer der Direktoren des Aquinas Center of Theology an der Emory University und Lehrbeauftragter für Religionswissenschaft an der Loyola University in New Orleans. Außer zahlreichen Artikeln zum Thema der US-Hispanischen

Theologie hat er «Liberation, Method and Dialogue: Enrique Dussel and North American Theological Discourse» (1988) verfaßt und «We Are a People! Initiatives in Hispanic-American Theology» (1992) herausgegeben. Anschrift: Department of Theology, Loyola University of Chicago, 6515 North Sheridan Rd., Chicago, Ill. 60626, USA.

Eddy Jadot

Die Wanderbewegungen in der Europäischen Gemeinschaft

Die Problematik der Bevölkerungsbewegungen in Richtung Europa beruht auf einem Paradox: Das in der Mitte der siebziger Jahre gesetzlich abgeschlossene Phänomen der Migration hat trotzdem weitergedauert, und zwar auf unterschiedliche Weise. Um es im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft zu verstehen, werden hier vier Denkschritte vorgeschlagen: Die Grundgegebenheiten über die Migration; die Asylfrage; die Hauptprobleme und -stellungen; einige Lösungswege.

1. Die Grundgegebenheiten

Noch ist ein ausgewogenes System der Datensammlung in der Europäischen Gemeinschaft (EG) nicht wirklich zustande gekommen. Die Interpretation der Zahlen muß sich also vor voreiligen Schlüssen hüten. Immerhin lassen die zur Verfügung stehenden Statistiken das zahlenmäßige Gewicht und die Herkunft der Ausländer in den Mitgliedstaaten der EG erkennen.

Im Jahre 1990 zählten diese Staaten insgesamt rund 327 Millionen Einwohner; 13.602.000 davon sind rechtmäßig residierende Ausländer. Ihre Verteilung macht die einem Beitrag von A. Lebon¹ entnommene Tabelle 1 (nächste Seite) anschaulich.

Vervollständigt man diese Tabelle durch die auf den Prozentsätzen der vorhergehenden Jahre basierenden Schätzungen, so wohnen in den zwölf EG-Staaten legal 4.932.500 aus EG-Ländern stammende und 8.669.500 aus Nicht-EG-Ländern stammende Ausländer; von den letzteren sind mehr als 4 Millionen aus der Dritten Welt. Die Anzahl der aus der EG stammenden Ausländer hat zwischen 1990 und 1992 abgenommen (36,3% statt 39,25%); die der Ausländer aus Nicht-EG-Ländern hat zugenommen (63,7% statt 60,75%).

Eine andere Feststellung drängt sich auf: Die Prozentsätze der Ausländer im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung schwanken zwischen Quoten über fünf Prozent (28,2% für Luxemburg, 8,75% für Belgien, 7,85% für Deutschland, 6,3% für Frankreich) und Quoten unter drei Prozent (2,25% für Griechenland und Irland, 1,35% für Italien, 1% für Spanien und Portugal). Die Ausländer mit rechtmäßigem Wohnsitz in den zwölf EG-Ländern — Ausländer aus einem anderen EG-Staat bzw. aus (europäischen oder nichteuropäischen) Drittländern — bilden aufs ganze gesehen nur eine Minderheit: 4,16% der Gesamtbevölkerung der Europäischen Gemeinschaft.

Hierzu ist noch die Dunkelziffer der illegalen Ausländerbevölkerung zu rechnen. Doch bleibt der Anteil der Einwandererbevölkerung schwach, auch wenn man den dreizehn Millionen rechtmäßig anwesenden Ausländern — dem «Dreizehnten Mitgliedstaat» nach dem Ausdruck des EG-Einwandererforums — diese illegalen Immigranten hinzurechnet. Umso unlogischer sind angesichts der Statistiken die leidenschaftlichen Reaktionen eines Teiles der Öffentlichkeit auf die Einwanderung. Doch muß man diese Beobachtung nuancieren und die besonderen Situationen gewisser Länder einrechnen: hohe Arbeitslosenquote, geschichtlich begründete Verbindungen mit ehemaligen Kolonien, ungleiche Verteilung der Ausländer unter den

Tabelle 1: Ausländische Bevölkerung in den Ländern der EWG
Gesamtzahl in Tausend und Prozent

Gastland und Info. Datum	Total (a) + (b)		davon Angeh. der EWG (a)		davon nicht EWG-Ang. (b)	
	%*	Anzahl				
Belgien (1989)	8,75	868,8	536,7	(61,8)	332,1	(38,2)
Dänemark	2,8	142	26,6	(18,7)	115,4	(81,3)
Deutschland (1989)	7,85	4845,9	1325,4	(27,35)	3520,5	(72,65)
Frankreich (1990)	6,3	3580	1300	(36,3)	2280	(63,7)
Griechenl.** (1989)	2,25	225,6	102,1	(45,25)	123,5	(54,75)
Großbrit. (1986-88)	3,25	1852	828	(44,7)	1025	(55,3)
Irland (1989)	2,25	79,3	62,1	(78,3)	17,2	(21,7)
Italien (1990)	1,35	781,1	Fehlanzeige		Fehlanzeige	
Luxemburg (1990)	28,2	105,8	Fehlanzeige		Fehlanzeige	
Niederlande (1989)	4,2	623,7	159,8	(25,6)	463,9	(74,4)
Portugal (1989)	1,0	101	27	(26,7)	74	(73,3)
Spanien (1989)	1,0	396,8	231,2	(58,3)	165,6	(41,7)

* Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung der einzelnen Länder zum Zeitpunkt der entsprechenden Erhebung des Ausländeranteils.
 ** Zu den 102.000 EWG-Angehörigen zählen auch die 52.100 Griechen ausländischer Staatsbürgerschaft, die zu einem Kurzaufenthalt nach Griechenland zurückgekehrt sind.

Quelle: Eurostat 1991, Thema 3, Reihe c. Ausgenommen Frankreich: Volkszählung 1990, und Italien: Nationalbericht SOPEMI 1991.

aus: André Lebon, 1992, S. 204.

Zwölf sowie unter den Städten und Landzonen, vorausgehende Wanderbewegungen der Arbeitskräfte, «Sichtbarkeit» der Ausländer aus der Dritten Welt. Diese Faktoren spielen eine Rolle in der Auffassung, die sich die Leute von dieser Wanderbewegung machen, auch wenn sie dabei deren Bedeutung überschätzen. Darum können einige detaillierte Zahlenangaben zu einem objektiveren Urteil über die Ausländerbevölkerung in der EG verhelfen.

Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft bleibt die Zahl der in ihr anwesenden, nicht zur EG gehörenden Ausländer (Europäer aus Nicht-EG-Ländern und Einwanderer aus anderen Kontinenten zusammengenommen) schwach. Deutschland, Frankreich und Belgien stehen mit respektive 5,3%, 3,9% und 3,2% Personen aus Nicht-EG-Ländern an der Spitze der Liste. An letzter Stelle kommen Lu-

xemburg mit 2%, Portugal mit 0,6%, Irland mit 0,5% und Spanien mit 0,4%.

Im Verhältnis zur Gesamtzahl der in der Europäischen Gemeinschaft anwesenden Ausländer aus Nicht-EG-Ländern bilden die Europäer aus Nicht-EG-Ländern mehr als die Hälfte in drei Mitgliedstaaten: in Deutschland 78% (davon 56% Türken und 23% Ex-Jugoslawen) von insgesamt 3.252.700 Ausländern aus Nicht-EG-Staaten; in Dänemark 58% (davon 37% Türken); in Luxemburg 52%. Zwei von den zwölf EG-Mitgliedstaaten haben eine geringere, aber doch bedeutsame Anzahl an Europäern unter ihren EG-fremden Ausländern: die Niederlande mit 45% (davon 86% Türken) und Belgien mit 30% (davon 80% Türken). In drei EG-Ländern sind unter der Ausländerbevölkerung aus Nicht-EG-Ländern die Afrikaner in der Mehrzahl: in Frankreich mit 75% (davon 90% Maghrebiner) von insgesamt

2.102.000; in Portugal mit 59% von insgesamt 65.000; in Belgien mit 51% (davon 89% Maghrebener, vor allem Marokkaner) von insgesamt 315.200.

Irland ist unter den Zwölf das einzige Land, das unter seinen 171.000 EG-fremden Ausländern eine Mehrheit von Nordamerikanern zählt (58%).

Von den 984.000 Ausländern aus Nicht-EG-Staaten in Großbritannien sind 62% Mitglieder oder ehemalige Mitglieder des Commonwealth, die meisten davon Asiaten: 622.000 Personen (unter Ausschluß britischer Staatsbürger).

58% von den in Spanien lebenden 150.000 Nicht-EG-Ausländern sind Lateinamerikaner.

Auch das Verhältnis der zur EG gehörenden und nicht zur EG gehörenden europäischen Ausländer zur Gesamtzahl der in der Europäischen Gemeinschaft legal anwesenden Ausländerbevölkerung ist aufschlußreich.

Tabelle 2: Prozentsatz der zur EG und nicht zur EG gehörenden europäischen «Ausländer» im Vergleich zur gesamten ausländischen Wohnbevölkerung

Luxemburg	96,03
Deutschland	79,95
Irland	79,82
Belgien	72,73
Spanien	64,10
Dänemark	60,70
Niederlande	55,28
Griechenland	53,87
Großbritannien	51,24
Frankreich	44,65
Italien	42,72
Portugal	28,51

Wie man sieht, sind fast alle in Luxemburg wohnhaften Ausländer Europäer, ebenfalls in acht anderen EG-Staaten mehr als die Hälfte der ausländischen Wohnbevölkerung. Portugal besitzt einen geringen Prozentsatz Europäer unter den Ausländern; die meisten von ihnen kommen vor allem aus Afrika. Der entsprechende Prozentsatz für die gesamte Europäische Ge-

meinschaft zeigt: Von hundert Ausländern sind über sechzig Europäer; sie stammen entweder aus einem anderen EG-Land oder aus einem Nicht-EG-Staat.

Alle diese Angaben führen zu einer doppelten Feststellung: Einerseits zählt die ausländische Bevölkerung, ob sie nun aus EG-Ländern stammt oder nicht, durchschnittlich weniger als 5% der Gesamtbevölkerung der Europäischen Gemeinschaft. Andererseits sind die Europäer unter der gesamten Gruppe der Ausländer (ob sie nun zur EG gehören oder aus Nicht-EG-Ländern stammen) weitaus in der Mehrzahl, während die Ausländer aus der Dritten Welt im allgemeinen nur eine beschränkte Zahl ausmachen.

Daraus ist eine erste Schlußfolgerung zu ziehen: Das gefühlsgeladene Verhalten eines gewissen Teils der einheimischen Bevölkerung ist den Tatsachen nicht angemessen. Die für die Gemeinschaft Verantwortlichen sind daher zweifellos aufgerufen, die Gründe dieser leidenschaftlichen Ausländerfeindlichkeit zu untersuchen, um bessere Wege zur Lösung des Problems zu finden.

Asylbewerber und Flüchtlinge

Der Aufenthalt der Asylbewerber, die von dem Land, in welchem sie Schutz suchen, aufgenommen und nach gesetzlich vorgeschriebener Prüfung ihres Falles zugelassen wurden, ist zwangsläufig zeitbegrenzt. Das der Genfer Konvention oder manchmal anderen, z. B. humanitären Kriterien entsprechende Flüchtlingsstatut wird gegenwärtig den meisten Antragstellern verweigert. Dies aus einem wohlbekanntem Beweggrund: Die mit der Prüfung der Personalakten beauftragten Behörden sind nämlich der Auffassung, daß der Großteil der Asylbewerber nur getarnte Einwanderer aus wirtschaftlichen Gründen, sogenannte «Wirtschaftsasylanten», sind. Diese Leute, so sagt man, denen die westlichen Staaten die Tür vor der Nase zuschlugen, weil sie keinen neuen Zustrom von ausländischen Arbeitskräften oder Firmen wünschen, versuchen nun, sich durch die noch einen Spalt breit offene Tür der Asylbewerbung hereinzudrücken. Christian Bruschi hat aufgewiesen, wie irreführend es ist, «falsche Asylbewerber» mit «echten Wirtschaftsflüchtlingen» gleichzusetzen³. Wie dem auch sei, eines ist sicher: Jene

Leute, die zuerst gehofft hatten, als Flüchtlinge anerkannt zu werden, denen aber dann das Asylrecht verweigert wurde, kehren entweder in ihr Land zurück, oder sie tauchen in der Illegalität unter, und zwar in relativ hoher, schwer abzuschätzender Zahl.

Die Zahl der Asylbewerber steigt ständig an und wird bis zum Beginn des nächsten Jahrhunderts nicht mehr abnehmen. Die Anzahl der Asylbewerber und die Zuweisungsquoten des Flüchtlingsstatuts in der Europäischen Gemeinschaft beweisen das Ausmaß des Phänomens⁴.

Tabelle 3: Entwicklung der Asylgesuche und der Anerkennungsquote in der EG gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention

	Asylbewerber		% der Zuweisung des Flüchtlingsstatuts (Genf. Vereinb.)		
	1991	Unterschied in % 85-91	1989	1990	1991
Belgien	15.318	+ 189%	20	9	6
Dänemark	4.609	- 47%	35	33	33 ^b
Deutschland	256.112	+ 247%	5	4	7 ^a
Frankreich	46.545	+ 80%	28	15	19,5
Griechenland	3.272	+ 133%	AG: 27 HCR: 38	AG: 7 HCR: 43	AG: 2 HCR: 34 ^d
Großbritannien	45.000	+ 726%	31	24	11 ^c
Irland	30	Fehlanzeige	Fehlanzeige		Fehlanzeige
Italien	23.317	+ 331%	56	59	4
Luxemburg	130	Fehlanzeige	Fehlanzeige		Fehlanzeige
Niederlande	21.615	+ 283%	9	7	5
Portugal	233	+ 133%	Fehlanzeige		Fehlanzeige
Spanien	8.174	+ 248%	8	12	4 ^e
Total	424.353	+ 212%			

AG : Autorités Grecques (Griechische Behörden)

HCR: Haut Commissariat aux Réfugiés (Flüchtlingshochkommissariat)

a : erstinstanzliche Beschlüsse

b : hinzuzufügen sind: «De-facto-Flüchtlinge» und «Humanitäts-Flüchtlinge»

c : einschließlich der ohne Rücksicht auf die Genfer Vereinbarung aufgenommenen Flüchtlinge.

d : Prozentsatz der von den griechischen Behörden und dem Flüchtlingshochkommissariat anerkannten Flüchtlinge

e : nur bis Juni 1991.

Quelle: UNHCR, April 1992, und FUGA, Mai/Juni 1992, 29.

Die Europäische Gemeinschaft hat, den Angaben des Hochkommissariats für Flüchtlinge vom April 1992 zufolge, im Jahre 1991 424.355 Asylanträge registriert. Nur in Dänemark ist die Zahl der Bewerber gesunken. In den anderen neun Ländern schwankt für die Periode 1985-1991 die Zunahme zwischen 80% und

über 700%. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zuweisungsquote des Flüchtlingsstatuts während der letzten drei Jahre merklich vermindert. Nur Deutschland scheint hier eine vermutlich nur vorübergehende Ausnahme zu bilden. Wie man sieht, schwinden für die Asylbewerber die Chancen, als Flüchtlinge zugelassen zu werden,

je größer ihre Zahl wird. Diese Tatsache erklärt sich zweifellos aus zwei Gründen: die «falschen Bittsteller um politisches Asyl» nehmen in der Gesamtgruppe der Aufnahmekandidaten zu, und die Regierungen bemühen sich durch einschränkende Maßnahmen, möglichst viele Personen von einer Asylbewerbung abzuschrecken.

Tabelle 4 gibt die fünf wichtigsten Stammländer der Flüchtlingskandidaten in zehn EG-Staaten für das Jahr 1991 an.

Tabelle 4: Die 5 wichtigsten Herkunftsländer der Asylbewerber und Prozentsatz in der Gesamtzahl aller Asylbewerber des Landes bei 10 Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1991

Belgien	Rumänien (16% = 2.418) — Zaire (13%) — Ghana (10%) — Indien (8%) — Jugoslawien (7%)
Dänemark	Irak (21% = 967) — Jugoslawien (15%) — Palästina (12%) — Iran (9%) — Sri Lanka (6%)
Deutschland	Jugoslawien (29% = 74.854) — Rumänien (16%) — Türkei (9%) — Bulgarien (5%) — Iran (3%)
Frankreich	Türkei (21% = 9.674) — Zaire (9%) — Sri Lanka (7%) — Mali (7%) — Rumänien (5%)
Griechenland	AG: Irak (871) — Türkei — Pakistan — Iran — Äthiopien; HCR: Irak (1.056) — Iran — Sri Lanka — Äthiopien — Rumänien
Großbritannien	Sri Lanka (14% = 3.620) — Somalia (11%) — Uganda (10%) — Zaire (9%) — Äthiopien (8%). NB! Statistik von 1990.
Italien	Albanien (76% = 17.758) — Rumänien (9%) — Somalia (7%) — Bulgarien (3%) — Äthiopien (2%)
Niederlande	Jugoslawien (13% = 2.733) — Sri Lanka (8%) — Iran (8%) — Somalia (8%) — Rumänien (7%)
Portugal	Zaire (26% = 61) — Ghana (18%) — Rumänien (17%) — Liberia (11%) — Angola (4%)
Spanien	Polen (17% = 1.374) — Peru (10%) — Rumänien (7%) — Bulgarien (5%) — Angola (4%)

Quelle: UNHCR, April 1992

Nur in zwei EG-Ländern, nämlich in Deutschland (29%) und in den Niederlanden (13%), bilden die Ex-Jugoslawen die stärkste Gruppe von Asylbewerbern. Man kann vermuten, daß sie im Jahre 1992 in mehreren anderen Ländern der

Europäischen Gemeinschaft, wie übrigens in Österreich und in der Schweiz, sehr viel zahlreicher waren.

Noch eine andere Gruppierung ist aufschlußreich: Betrachtet man auf Tabelle 4 die fünf wichtigsten Herkunftsländer der Flüchtlingskandidaten, so lassen sich fast 60% der Asylbewerber nach ihrer kontinentalen Verteilung aufzeigen.

Tabelle 5: Asylbewerber nach Herkunfts-kontinent im Jahre 1991

Palästinenser	532
Lateinamerikaner	890
Asiaten	24.800
Afrikaner	24.918
Europäer	195.522
Total	246.662

3. Hauptprobleme und maßgebende Stellungnahmen

Die Migrationsprobleme lassen sich von zwei Seiten her angehen: von den Auswanderungsgebieten oder von den Einwanderungsländern her.

Was die traditionellen Auswanderungsgebiete betrifft, so spielen für die Wanderbewegungen der Bevölkerung verschiedene Faktoren eine wesentliche Rolle.

Die Hauptstruktur der Wanderbewegung in den industrialisierten Ländern der sechziger Jahre ist — die seltenen Fälle von Zeitarbeit aufgenommen — verschwunden, nämlich die Stellensuche im Westen; diese Arbeitssuche ist nicht mehr der Hauptgrund für das Verlassen der Heimat. Andere, zuweilen sehr starke Beweggründe drängen jetzt zum Auswandern: die Wiederausammenführung der Familien, der demographische Druck, Armut und Hunger, der berechtigte Wunsch nach einem besseren wirtschaftlichen Los und den größeren Bildungsmöglichkeiten im Norden, die internen Konflikte, die autoritären politischen Regime und die Verletzung der Grundrechte der Menschen und der Völker.

In den Einwanderungsländern der EG zeigen die Staaten ein deutlich unterschiedliches Ver-

halten gegenüber der Ausländerbevölkerung — anerkannte Flüchtlinge eingeschlossen — und den Asylbewerbern. Für die Ausländerbevölkerung sind im allgemeinen Maßnahmen z.B. auf dem Gebiet der Integration ergriffen worden; für die Asylbewerber verfolgen die Regierungen nur selten eine Aufnahmepolitik, die auf die Grundursachen des Exils wirklich eingeht.

Vier Hauptprobleme stellen sich den Ländern der EG im Bereich der Wanderbewegungen:

Erstes Problem: Die von den nationalen Gesetzgebungen der Zwölf zugesagte Verpflichtung, die Ausländer zu integrieren, muß erst noch verbessert werden. Ein geeigneteres mitmenschliches und gesellschaftlich-kulturelles Umfeld müßte die Gleichheit der Eingewanderten mit den Einheimischen in den Bereichen des Schulwesens, der Wohnungsbeschaffung, der Berufsausbildung, des Arbeitsplatzes und des bürgerlichen Rechts auf Ortsebene begünstigen.

Zweites, brennend gewordenes Problem: Der Erfolg der unterschiedlichen Integrationspolitik ist abhängig von der Zustimmung der Öffentlichkeit. Die Sensibilisierung der einheimischen und der eingewanderten Bevölkerung erfordert eine aufeinander abgestimmte Arbeit der Bewußtseinsbildung von Staaten und privaten Stellen. Die Einbürgerung der ausländischen Minderheiten kann nur auf dem Weg gegenseitiger Annäherung gelingen. Die einheimischen Bürger müssen mit der Ausschaltung sozialer Ungleichheit hinsichtlich der ausländischen Bevölkerung einverstanden sein; und die Eingewanderten müssen aufhören, außerhalb des nationalen Kontextes zu leben.

Drittes Problem: Die Regierungen müssen der neuen Einwanderungswellen Herr werden. Das ist die Bedingung für eine allgemeine kohärente Politik zugunsten der Ausländer. Dazu gehört auch die in der EG sicher noch zu verbessernde Organisation der neu sich gruppierenden Ausländerfamilien und die Erledigung der dornigen Frage der Illegalen, deren Zahl auf dem europäischen Arbeitsmarkt von der Internationalen Arbeitsorganisation⁵ auf etwa 2.700.000 geschätzt wird, sowie die Regularisierung oder Ausweisung dieser illegal Eingewanderten.

Das vierte Problem ist struktureller Natur und mit der fortschreitenden Entwicklung der Zwölf auf die Politische Europäische Einheit

hin verbunden. Die offiziellen Übereinkünfte — Schengen, Dublin und vor allem Maastricht — fordern von den Mitgliedstaaten, die Verträge über die Freizügigkeit innerhalb der EG-Grenzen, über die Visen, die Mobilität, den Wohnsitz und die Arbeit der legal anwesenden Ausländer in anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft an die Immigranten anzupassen.

Im Asylbereich haben die Statistiken gezeigt, daß der Zustrom der Flüchtlingskandidaten aus Mittel- und Osteuropa und aus der Dritten Welt ständig zunimmt: Unter sie mischt sich eine Anzahl von Personen, die mit Recht ganz einfach ein besseres menschliches Geschick suchen. Indem daher die westlichen Länder die offizielle Einwanderung stoppten, trugen sie ungewollt zum Mißbrauch des Asylrechts bei. Die Zwölf treiben eine lediglich kurzfristige Politik; sie bemühen sich dabei, Maßnahmen gesetzlich festzulegen, die dazu bestimmt sind, die Flüchtlingskandidaten eher abzuschrecken und auszuweisen, als sie aufzunehmen. Die Ergebnisse dieser Politik sind nicht zufriedenstellend. Sie sind es besonders dann nicht, wenn man feststellen muß, daß es unmöglich ist, die Ausweisung derer praktisch durchzuführen, denen das Asylrecht verweigert wurde, und sie zugleich daran hindern zu wollen, in die Illegalität abzuwandern. Die einzige Erfolgchance liegt in einer umfassenden Behandlung des Problems: Die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention muß verbessert werden, indem man die Kriterien und die Verfahrensweisen in der EG aufeinander abstimmt; die Grundursachen für den Exodus der Flüchtlinge und die ihren Ländern je eigenen Situationen müssen eingehender untersucht werden; die Armut ist zu bekämpfen, indem man die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern verbessert; geeignete menschenwürdige Rückführungsmaßnahmen sind im Einvernehmen mit den betreffenden Heimatländern durchzuführen; die Gesetze, die die Einwanderung von Arbeitskräften unterbunden haben, sind neu zu bedenken; ein Zwischenstatus zwischen dem eines politischen Flüchtlings und dem eines legal Eingewanderten ist zu schaffen (wie z.B. das Flüchtlingsstatut «aus humanitären Gründen»); schließlich ist die Möglichkeit von eigenen Einwanderungsquoten für die Emigranten aus wirtschaftlichen Gründen zu prüfen.

4. Wege zu einer Lösung

EG und private Organisationen müssen ihre Interventionen vermehren, wenn die Zwölf auf die andrängenden Probleme, die ihnen aus Europa und der Dritten Welt entgegentreten, eine Antwort finden wollen. Nur gemeinschaftlich lassen sich dauerhafte Lösungen schaffen. Wenn die EG-Mitgliedstaaten an ihrer Devise «Jeder für sich» festhalten, kann ihre Antwort auf die Probleme keineswegs mit der Wirklichkeit des grenzfreien Raumes von 1993 übereinstimmen; sie wird überdies schädlich für die Ausländer selbst. Gesetze und Maßnahmen müssen harmonisiert werden; die Zusammenarbeit und der Kampf gegen die Ursachen des Exodus müssen integraler Bestandteil der Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaft sein. Die EG fördert zusätzlich zur humanitären Hilfe fortlaufend wissenschaftliche Untersuchungen und Pläne⁶. Im Einverständnis mit bestimmten afrikanischen Regierungen hat die EG-Kommission für 550 Personen ein mit einer Million ECU dotiertes Programm zur «Reintegration qualifizierter afrikanischer Auswanderer» gestartet. Andererseits besteht jetzt eine «Beobachtungsstelle der Wanderbewegungen», um das Einwanderungsphänomen aus nordafrikanischen Ländern in die EG zu analysieren und das Ausmaß der in den betreffenden afrikanischen Ländern selbst geschaffenen Arbeitsplätze einzuschätzen, durch die dann die Zahl möglicher Auswanderer verringert werden kann. Diese Untersuchungen und an Ort und Stelle durchgeführten Unternehmungen entsprechen der Übereinkunft von Lomé IV über die demographischen Probleme und die Aufnahme der Migranten in der Europäischen Gemeinschaft⁷.

Die NGO (Nicht-Regierungsorganisationen) gehen entsprechend ihren eigenen Zielsetzungen vor. Die *Internationale Auswandererorganisation* hat in vierzig Jahren mehr als 4.500.000 Menschen zur freiwilligen Rückkehr in ihre Heimat verholfen. Eine bescheidenere Organisation, die EXIDEV (*Exilés pour le Développement*) hilft qualifizierten Flüchtlingen, nach Afrika zurückzukehren, um dort in Entwick-

lungsprojekten eingesetzt zu werden. In Brüssel wurde das Arbeitspapier «Wesentliche Elemente für eine gerechte europäische Asylpolitik» (*Éléments essentiels pour une juste politique européenne de l'asile*) veröffentlicht; es bringt den Standpunkt einer Gruppe der NGO zum Ausdruck⁸. Das *Komitee der Kirchen bei den Migranten in Europa* (CEME) publiziert die Monatszeitschrift *Migration News Sheet* und verfaßt überdies Arbeitsdokumente über die auf die Migranten sich beziehenden Vereinbarungen und die Politik der EG⁹. Unter dem Ansporn des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge und des *Jesuit Refugee Service Europe* arbeitet ein universitäres Forschungsteam über das Verständnis des Begriffs Flüchtling in der Rechtsprechung der Länder der EG und einiger anderer mit dem Ziel, einen wissenschaftlichen Beitrag zur Ausarbeitung der EG-Gesetzgebung über das Asyl zu leisten.

Zwei Gruppen der NGO seien noch genannt: Im Mai 1991 wurde das *Forum des Migrants des Communautés Européennes* gegründet und von der EG-Kommission als beratendes Organ der Migrantenvereinigungen in Europa bestätigt. Die *Consultation Européenne sur les Réfugiés et Exilés* (CERE) vereint etwa sechzig NGO, die sich alle um Flüchtlinge und Asylbewerber kümmern. Die CERE untersucht gemeinsam mit dem HCR die jeweilige nationale und in der Europäischen Gemeinschaft selbst herrschende Situation und Politik und setzt sich zum Ziel, die Beschlußorgane zu beeinflussen.

Andere Beispiele könnten angeführt werden; sie gehen alle in dieselbe Richtung. Wir wollen zum Schluß nur die Bedeutung der NGO, der Kollektive und der von den Kirchen getragenen Organisationen betonen. Durch ihre Untersuchungen, ihre Informationen und den Druck, den sie auf die entscheidenden Interessenverbände (die «Lobby») ausüben, und auch durch ihren unmittelbaren Dienst an den Migranten und Flüchtlingen bleibt es ihre Hauptrolle, darüber zu wachen, daß ein Gesellschaftsproblem, das noch auf lange Zeit hinaus ein weites und schwieriges Problem bleiben wird, immer auf wahrhaft menschliche Weise angegangen wird¹⁰.

¹ A. Lebon, Ressortissants communautaires et étrangers originaires des pays tiers dans l'Europe des douze, in: *Revue Européenne des Migrations Internationales VIII*, Sondernummer (1992) 204.

² AaO. 199 (auf den neuesten Stand gebrachte Zahlenangaben).

³ C. Bruschi, Les migrations dans l'Europe de demain, in: *Etudes* (Nov. 1991) 455.

⁴ UNHCR, Legal Factsheets on Asylum Procedures in Europa and North America. Prepared by the Regional Bureau for Europe and North America (April 1992); FUGA, Tweemaandelijks Tijdschrift voor Integratie van Vluchtelingen (Mai/Juni 1992) 29.

⁵ J. Widgren, The Need to Improve Co-ordination of European Asylum and Migration Policies. Conference of the Trier Academy of European Law, Trier, 12.-13. März 1992, 11.

⁶ Commission des Communautés Européennes, Politiques d'immigration et intégration sociale des immigrés dans la Communauté Européenne. Fachbericht, Brüssel, 4. September 1991; Communication de la Commission au Conseil et au Parlement Européen sur l'immigration. Mitteilung des Präsidenten Herrn Bangemann und Frau Papandreou vom 7. Oktober 1992; Groupe ad hoc immigration, Bericht der Minister für Einwanderung vor dem Europarat in Maastricht über die Einwanderungs- und Asylpolitik, Brüssel, 3. Dezember 1991; Commission des Communautés Européennes, Immigration et Emploi, Brüssel, 7. Mai 1992; Europa-Parlament, Bericht der Kommission für Entwicklung und Zusammenarbeit über die Auswirkungen der Gründung des Gemeinsamen Marktes von 1992 auf die Gastarbeiter aus den Entwicklungsländern. Berichterstatte: M.J. Mendes Bota, 20. Dezember 1991; Commission des Communautés Européennes, L'immigration des ressortissants des pays tiers

dans les Etats méridionaux de la Communauté européenne. Vergleichende Zusammenfassung der Lage in Griechenland, Italien, Spanien und Portugal, in: Europe Sociale, Supplement 1/91.

⁷ Mendes Bota, aaO.

⁸ Caritas Europe u.a., Core Issues for a Just European Asylum Policy, Brüssel, Juni 1992.

⁹ Comité des Eglises auprès des Migrants en Europe (CEME), Arbeitsdokumente, bis Mai 1992 acht Hefte erschienen.

¹⁰ Vgl. D. Schnapper, L'Europe des immigrés. Essai sur les politiques d'immigration, Paris 1992; dies., L'Europe de toutes les migrations, in: Esprit, Juli 1992, 96-139; R.T. Appleyard, International Migration: Challenge for the Nineties, International Organization for Migration, Genf 1992.

Aus dem Französischen übers. von Arthur Himmelsbach

EDDY JADOT

1930 Geboren; 1947 Eintritt in die Gesellschaft Jesu. Koordinator des *Jesuit Refugee Service-Europe* (JRS-E). Leiter der *Fondation Universitaire pour la Coopération Internationale au Développement* (FUCID) der Universitätsfakultäten Notre-Dame de la Paix in Namur. Anschrift: JRS — FUCID, 61, rue de Bruxelles, B-5000 Namur, Belgien.

Pieter C. Emmer

«Wir sind hier, weil ihr dort wart»

Europäischer Kolonialismus und interkontinentale Migration

Einleitung

«I saw Bantus in our pubs, I saw Tutsis on the bus, I saw Inkas in Oostend and Chileans on the sand . . . open up, frightened white man, open up!» («Ich sah Bantus in unseren Kneipen, ich sah Tutsis im Bus, ich sah Inkas in Oostende und Chilenen am Strand . . . mach' auf, ängstlicher weißer Mann, mach' auf.») Indem er dieses Lied

auf seinem «Ghettoblast» spielen ließ, versuchte ein Senator kürzlich im belgischen Parlament die Zwischenrufe von Mitgliedern einer neuen Partei des rechten Flügels zu übertönen, die die Einreise neuer Immigranten heftig bekämpfen. So etwas kommt nicht allein in Belgien vor. In praktisch jedem westeuropäischen Land gibt es politische Parteien und Interessengruppen, die gegen die Aufnahme immer neuer Migranten aus nicht-westlichen Ländern vorgehen — wo immer diese auch liegen mögen.

Wie entstand diese starke Ablehnung der Migration? Haben die Gegner der Migration recht mit ihrer Behauptung, die einheimische Bevölkerung Westeuropas selbst habe keinerlei Erfahrung mit Migrationen und die europäische Wirtschaft und Kultur werde sich zurückentwickeln, wenn dem Ansturm der nicht-westlichen Horden weiter stattgegeben wird? Diesen Gegnern scheint nicht bewußt zu sein, daß vor nur 100 Jahren die Europäer bei weitem die stärkste Migrantengruppe der Welt bildeten. Erst vor vierzig Jahren befanden sich sogar noch Millionen von Europäern aufgrund der aus der Dekolonialisierung erwachsenen Konsequenzen auf Wanderschaft.